

Rechtsinformationsdienst

der

Anwaltskanzlei Steidel

Wrangelstraße 16
24105 Kiel
www.kanzlei-steidel.de

Ausgabe: gewerbliche Mandanten

Dez. 2015/Jan. 2016

Onlinerecht

Missbrauch telefonischer Anfragen zur Zufriedenheit zu Werbezwecken

Befragt ein Verlag Kunden telefonisch zur Qualität der Zustellung von abonnierten Zeitschriften und versuchen die Mitarbeiter des Callcenters dabei gleichzeitig, von den Angerufenen die Zustimmung zu weiterer Werbung per Telefon, SMS und E-Mail zu erhalten, stellt die Verwendung der Kundentelefonnummern einen Verstoß gegen das Datenschutzgesetz dar.

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigte die deswegen gegen den Axel Springer Verlag erlassene behördliche Untersagungsverfügung.

Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 31.07.2015
OVG 12 N 71.14
K&R 2015, 678

Unzureichende Bevorratung von in Onlineshop angebotenen E-Bikes

Nach ständiger Rechtsprechung ist Werbung grundsätzlich als irreführend und damit wettbewerbswidrig anzusehen, wenn die beworbenen Waren entgegen der Erwartung des Kunden zu dem angekündigten Zeitpunkt nicht oder nicht in ausreichender Menge vorrätig sind. Dies gilt auch für Angebote über das Internet.

Daher handelt - so das Oberlandesgericht Hamm - ein Internethändler wettbewerbswidrig, wenn er in seinem Onlineshop Elektrofahrräder mit dem Hinweis „nur noch wenige Exemplare auf Lager, Lieferzeit ca. 2-4 Werktage“ anbietet und sich bei einem Testkauf herausstellt, dass in der bestellten - durchaus gängigen - Rahmengröße bereits seit Wochen kein einziges E-Bike mehr verfügbar ist.

Urteil des OLG Hamm vom 11.08.2015
4 U 69/15
WRP 2015, 1383

Ausländische Gesellschaft muss Datenschutzrecht beachten

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass das Datenschutzrecht eines Mitgliedstaats auf eine ausländische Gesellschaft angewendet werden kann, die in diesem Staat mittels einer festen Einrichtung eine tatsächliche und effektive Tätigkeit ausübt. Dies kann beispielsweise eine Niederlassung des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen sein.

An die personelle Ausstattung der Niederlassung stellen die Europarichter keine hohen Anforderungen. So kann das Vorhandensein eines einzigen Vertreters unter Umständen genügen, wenn dieser mit einem ausreichenden Grad an Beständigkeit für die Erbringung der betreffenden Dienstleistungen im fraglichen Mitgliedstaat tätig ist.

Urteil des EuGH vom 01.10.2015
C-230/14
Pressemitteilung des EuGH

Internet-Domain bei Steuerschulden pfändbar

Das Finanzgericht Münster hat entschieden, dass das Finanzamt wegen Steuerschulden die Ansprüche des Steuerpflichtigen aus einem Internet-Domainvertrag pfänden kann. Nach Auffassung des Gerichts handelt es sich bei den Rechten des Unternehmers aus dem Domainvertrag um pfändbare Vermögensrechte im Sinne der abgabenrechtlichen Pfändungsvorschriften. Gegenstand der Pfändung ist dabei nicht die Internet-Domain als solche, die nur eine technische Adresse im Internet darstellt, sondern die Gesamtheit der schuldrechtlichen Ansprüche, die dem Domaininhaber gegenüber der Vergabestelle aus dem Registrierungsvertrag zustehen.

Urteil des FG Münster vom 16.09.2015
7 K 781/14 AO
Pressemitteilung des FG Münster

Verletzung durch Handgreiflichkeit im Betrieb

Zwei Mitarbeiterinnen eines Instituts gerieten derart in Streit über die vom Arbeitgeber geduldete Ausgestaltung des Gemeinschaftsbüros mit privaten Bildern, dass es zu Handgreiflichkeiten kam, bei der eine Mitarbeiterin verletzt wurde. Hierzu hat das Sächsische Landessozialgericht entschieden, dass auf diese Weise entstandene Verletzungen nicht dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung unterfallen.

Urteil des Sächsischen LSG vom 14.09.2015
L 2 U 39/12 - JURIS online

Arbeitgeber darf bezahlte Raucherpausen streichen

Ein Arbeitgeber, der Raucherpausen, für die die Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz jederzeit verlassen dürfen, billigt und auch bezahlt, ohne die genaue Häufigkeit und Dauer der jeweiligen Pausen zu kennen, darf diese Praxis jederzeit unterbinden. Dies gilt auch dann, wenn die Arbeitnehmer so über Jahre hinweg in den Genuss der bezahlten Pausen gekommen sind. Dadurch ist laut Landesarbeitsgericht Nürnberg kein Anspruch aus betrieblicher Übung auf Weitergewährung dieser Vorteile entstanden.

Urteil des LAG Nürnberg vom 05.08.2015
2 Sa 132/15 - EZA-SD 2015, Nr. 20, 11

Jährliche Staffelung der Rückforderung von Weiterbildungskosten unangemessen

Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten, dass der Arbeitnehmer eine zehnmonatige Ausbildung zum Prüflingenieur absolvieren sollte. Er sollte zur Rückzahlung der Gesamtkosten von circa 35.000 Euro verpflichtet sein, wenn er vor Ablauf von drei Jahren seit Aufnahme der Prüftätigkeit ausscheidet, und zwar im ersten Jahr zu 100 Prozent der angefallenen Ausbildungskosten, im zweiten Jahr zu 66,66 Prozent und bei Ausscheiden im dritten Jahr zu 33,33 Prozent.

Das Landesarbeitsgericht Mainz hielt die Rückzahlungsvereinbarung wegen unangemessener Benachteiligung des Arbeitnehmers für unwirksam. Übersteigt -

wie hier - die Rückforderungssumme das Bruttomonats-einkommen des fortgebildeten Arbeitnehmers um ein Vielfaches, ist bei einer dreijährigen Bindungsdauer eine lediglich grobe, jährlich gestaffelte Minderung unangemessen. Vielmehr bedarf es in einem solchen Fall einer ausdifferenzierten, etwa monatlichen Staffelung der Rückzahlungsverpflichtung.

Hinweis: Eine unangemessene Rückzahlungsvereinbarung ist insgesamt unwirksam und kann auch vom Gericht nicht durch eine angemessene Regelung ersetzt werden. Der Arbeitgeber geht in diesem Fall daher auch dann leer aus, wenn der mit hohem finanziellem Aufwand fortgebildete Arbeitnehmer bereits nach kurzer Zeit den Betrieb verlässt.

Urteil des LAG Mainz vom 03.03.2015
8 Sa 561/14 - AA 2015, 180

Vergütungspflicht trotz Vereinbarung eines unentgeltlichen Praktikums

Trotz der Vereinbarung eines unentgeltlichen Praktikums kann der Arbeitgeber zur Zahlung einer angemessenen Vergütung verpflichtet sein, wenn der Praktikant höherwertige Dienste verrichtet als die, die er während des Praktikums vertraglich zu erbringen hat. Eine derartige Tätigkeit ist dann nicht von der vertraglichen Vergütungsregelung gedeckt.

Dies nahm das Bundesarbeitsgericht bei einer jungen Frau an, die nach Abschluss ihres Pädagogikstudiums im Rahmen ihrer Weiterbildung zur Kinder- und Jugendpsychotherapeutin ein Vollzeitpraktikum in einer Klinik auf einer Station für Kinder- und Jugendpsychiatrie absolvierte, wo sie neben den ausgebildeten Therapeutinnen als nahezu vollwertige Arbeitskraft eingesetzt wurde. Ausgehend von der üblichen Vergütung für einen Therapeuten von monatlich 2.700 bis 3.000 Euro sprach das Gericht der Praktikantin einen Monatslohn von 1.000 Euro für ihre Tätigkeit zu.

Urteil des BAG vom 10.02.2015
9 AZR 289/13
BB 2015, 1396

Umsatzsteuerpflicht bei zahlreichen eBay-Verkäufen „im Auftrag Dritter“

Nach einem Urteil des Finanzgerichts Stuttgart aus dem Jahr 2012 konnten eBay-Nutzer, die eine „geschlossene“ Sammlung aus dem Privatvermögen veräußern, davon ausgehen, unabhängig von der Höhe der erzielten Umsätze insoweit nicht der Umsatzsteuer zu unterliegen. Der Fall betraf einen selbstständigen Finanzdienstleister, der in einem Zeitraum von zwei Jahren 142 Pelzmäntel, die nach seinen Angaben ganz überwiegend aus dem Privatvermögen seiner Schwiegermutter herrührten, über eBay verkaufte.

Die beim Bundesfinanzhof eingelegte Revision ergab nun eine Kehrtwende. Die obersten Finanzrichter werteten den planmäßigen, wiederholten und mit erheblichem Organisationsaufwand im eigenen Namen betriebenen Verkauf der über 140 fremden Pelzmäntel über eine Internetplattform wie eBay als unternehmerische Betätigung, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegt.

Urteil des BFH vom 12.08.2015
XI R 43/13 - DB 2015, 2370

Ersatz von Untersuchungskosten bei unberechtigter Mängelrüge

Ein Bauunternehmer hat die Mängelbeseitigung einschließlich der vorbereitenden Untersuchungen grundsätzlich kostenlos durchzuführen. Ausnahmsweise kann er von seinem Vertragspartner einen Anspruch auf Vergütung des Untersuchungsaufwandes verlangen, wenn sich die Mängelrügen nachträglich (teilweise) als ungerechtfertigt erweisen, der Unternehmer die Mängelbeseitigung von einer Kostentragungspflicht des Auftraggebers abhängig gemacht hat und dieser die Untersuchung widerspruchsfrei durchzuführen lassen.

Beschluss des OLG Koblenz vom 08.04.2015
3 U 1042/14 - RdW 2015, 594

Nächtlicher Unfall durch ungesicherten Einkaufswagen

Ein Pkw-Fahrer stieß nachts vor einem Lebensmittelmarkt mit einem Einkaufswagen zusammen, der nach seiner Darstellung unmittelbar vor ihm auf die Straße gerollt war. Seinen Fahrzeugschaden in Höhe von ca. 5.400 Euro verlangte er von dem Geschäftsinhaber mit der Begründung, dieser sei seiner Verkehrssicherungspflicht nicht nachgekommen.

Die Klage des Pkw-Fahrers hatte überwiegend Erfolg. In dem Prozess wurde festgestellt, dass die auf dem Kundenparkplatz abgestellten Einkaufswagen nur unzureichend gesichert waren. Sie waren lediglich mittels einer durch sie geführten, unverschlossenen Kette verbunden. Eine - sonst übliche - weitergehende Sicherung durch ein die Wagen verbindendes Pfandsystem war nicht vorhanden. Da allgemein bekannt ist, dass ungesichert zugängliche Einkaufswagen oftmals nach Geschäftsschluss, durch Trunkenheit oder Übermut begünstigt, zweckwidrig verwendet und anschließend auch andernorts zurückgelassen werden, bejahte das Gericht einen Verstoß gegen die Verkehrssicherungspflicht, die auch nach Ladenschluss noch fortbesteht. Der Betreiber des Geschäfts musste dem geschädigten Autofahrer 80

Prozent der Reparaturkosten ersetzen. 20 Prozent hatte dieser unter dem Gesichtspunkt der Betriebsgefahr selbst zu tragen.

Urteil des OLG Hamm vom 18.08.2015
9 U 169/14 - MDR 2015, 1129

Rauchverbot gilt auch bei Protestveranstaltung

Ein Gastwirt, der im Rahmen einer Protestveranstaltung gegen das Nichtraucherschutzgesetz das Rauchen in seiner Gaststätte gestattet, verletzt vorsätzlich das Nichtraucherschutzgesetz. Das OLG Hamm bestätigte nun die Rechtmäßigkeit der von der Stadt Essen gegen den Gastwirt verhängten Geldbuße von 800 Euro.

Urteil des OLG Hamm vom 19.10.2015
5 RBs 112/15 - Pressemitteilung des OLG Hamm

Unzulässiges Abtretungsverbot in AGB

Das Oberlandesgericht Hamm hat einem Internethändler von Elektro- und Elektronikgeräten die Verwendung einer AGB-Klausel mit der Formulierung „Die Abtretung von Mängelansprüchen ist ausgeschlossen“ untersagt. Eine derartige Regelung stellt eine unangemessene Benachteiligung der Verbraucher dar. Das Interesse des Händlers, durch das Abtretungsverbot der Gefahr entgegenzuwirken, völlig unbekanntem Dritten als Gewährleistungsgläubiger ausgesetzt zu sein, hat gegenüber den Verbraucherinteressen zurückzutreten, da im Falle einer Abtretung die Gewährleistungshaftung nicht ausgedehnt, sondern lediglich verlagert wird. Im Übrigen sind die Vertragspartner einem Internetversandhändler in der Regel nicht persönlich, sondern nur namentlich bekannt.

Urteil des OLG Hamm vom 25.09.2015
4 U 99/14 - BB 2015, 2754

Verpflichtung einer Bank zur Bekanntgabe des Kontoinhabers bei Markenfälschung

Ein Kosmetikunternehmen wollte gegen massive Markenrechtsverstöße durch den geschäftsmäßigen Vertrieb seiner geschützten Davidoff-Produkte über die Internetplattform eBay vorgehen. Nachdem sich der Betreiber von eBay geweigert hatte, den Namen des Produktpiraten bekannt zu geben, wandte sich der Geschädigte an die Bank, die die Geldgeschäfte des dubiosen Händlers führte. Diese verweigerte unter Berufung auf das Bankgeheimnis ebenfalls jegliche Auskünfte.

Der Bundesgerichtshof verurteilte die Bank nun dazu, den Namen des Kunden preiszugeben. Ein Geldinstitut darf die Auskunft über Namen und Anschrift eines Kontoinhabers nicht unter Berufung auf das Bankgeheimnis verweigern, wenn das Konto für den Zahlungsverkehr

im Zusammenhang mit einer offensichtlichen Markenverletzung genutzt wurde. Das Grundrecht des Kontoinhabers auf Schutz der persönlichen Daten nach Art. 8 EU-Grundrechtecharta und das Recht der Bank auf Berufsfreiheit nach Art. 15 EU-Grundrechtecharta müssen hinter den Grundrechten des Markeninhabers auf Schutz des geistigen Eigentums und eines wirksamen Rechtsschutzes zurücktreten (Art. 17 und 47 EU-Grundrechtecharta). Die Möglichkeit der Einleitung eines Strafverfahrens steht einem Auskunftsanspruch gegen ein Bankinstitut gemäß § 19 Abs. 2 Nr. 3 MarkenG nicht entgegen.

Urteil des BGH vom 21.10.2015
I ZR 51/12 - BGH online

Wettbewerbsrecht

Erneute Unterlassungserklärung nach Ablauf der Aufbrauchfrist

Der Hersteller von LED-Beleuchtung hatte gegen einen Konkurrenten eine einstweilige Verfügung wegen Verletzung des Geschmacksmusters erwirkt. Die Parteien schlossen schließlich eine Vereinbarung, in der sich das beklagte Unternehmen zur Unterlassung ab Mai 2014 verpflichtete. Bis dahin durfte es die bereits gefertigte Ware noch bewerben und verkaufen (sogenanntes Abverkaufsrecht). Als die unzulässig hergestellten Lampen auch noch nach Ablauf dieser Aufbrauchfrist verkauft wurden, beantragte der Inhaber des Geschmacksmusters erneut den Erlass einer einstweiligen Verfügung. Er scheiterte jedoch am Erfordernis einer Wiederholungsgefahr.

Eine Bewerbung des Produkts nach Ablauf der Aufbrauchfrist und die damit verbundene erneute Verletzung des Geschmacksmusters stellten nämlich einen anderen Streitgegenstand dar. Dies bedeutet, dass der Rechtsinhaber seine Unterlassungsansprüche erneut in einer Abmahnung - verbunden mit der Aufforderung zur Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung - hätte geltend machen müssen, bevor er gerichtliche Schritte einleitete.

Beschluss des OLG Frankfurt vom 21.07.2015
6 W 71/15
WRP 2015, 1258

Irreführende Werbung eines Amazon-Händlers (Lieferumfang)

Ein Internethändler handelt irreführend und damit wettbewerbswidrig, wenn er in seinem Amazon-Onlineshop Sonnenschirme durch blickfangmäßige Abbildung eines Sonnenschirmes inklusive der zur Beschwerung des Schirmständers erforderlichen Betonplatten anbietet, obwohl diese Platten tatsächlich nicht zum Lieferumfang gehören. In derartigen Fällen muss eindeutig darauf hingewiesen werden, dass das Zubehör nicht im Preis enthalten ist.

Urteil des OLG Hamm vom 04.08.2015
4 U 66/15 - WRP 2015, 1381

Unzulässiger Verweis auf Website im Rahmen eines Sternchenhinweises

Werden bei einer Verkaufsförderungsmaßnahme (hier Gutscheinkarte eines Möbelhauses) in einer Zeitschrift die notwendigen Angaben für die Teilnahme nicht vollständig im Rahmen eines Sternchenhinweises abgedruckt, sondern wird insoweit auf das Internet verwiesen, stellt dies einen wettbewerbswidrigen Verstoß gegen das Transparenzgebot dar.

Urteil des OLG Karlsruhe vom 17.07.2015
4 U 49/15 - WRP 2015, 1242

Verkehrsrecht

Fahrgastbeförderung rechtfertigt strengeren Maßstab bei Anordnung einer MPU

Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Neustadt sind bei einer Fahrerlaubnis der Klassen D und DE, die zur Beförderung von Fahrgästen berechtigt, die rechtlichen Hürden für die Anordnung einer medizinisch psychologischen Untersuchung (MPU) deutlich niedriger als bei der allgemeinen Fahrerlaubnis.

Zwar rechtfertigten die einem Busfahrer vorgeworfenen vier Verkehrsverstöße, die - nach altem Punktesystem - zu fünfzehn Punkten in der Verkehrssünderkartei geführt hatten, nicht die Anordnung zur Beibringung einer

MPU hinsichtlich der Fahrerlaubnisklassen A (Motorrad) und CE (Lkw und Pkw mit Anhänger). Als Inhaber einer Fahrerlaubnis zur Personenbeförderung jedoch waren angesichts mehrerer gravierender Geschwindigkeitsüberschreitungen Zweifel an der Eignung des Busfahrers gerechtfertigt. Da er die geforderte MPU nicht beibrachte, entzog ihm die Behörde insoweit die Fahrerlaubnis.

Beschluss des VG Neustadt vom 25.06.2015
1 L 407/15.NW - Pressemitteilung des VG Neustadt

Insolvenzrecht

Unterbrechung des Zivilverfahrens durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens

Nach § 240 Satz 1 ZPO (Zivilprozessordnung) wird ein laufender Zivilprozess bis zur Aufnahme des Insolvenzverfahrens über das Vermögen einer Prozesspartei unterbrochen, sofern er die Insolvenzmasse betrifft.

Dabei genügt auch ein mittelbarer Bezug zur Insolvenzmasse, wenn der Streitgegenstand zur Insolvenzmasse in rechtlicher oder wenigstens in wirtschaftlicher

Beziehung steht. Hierzu zählt nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main auch ein Unterlassungsanspruch wegen einer Schutzrechtsverletzung.

Urteil des OLG Frankfurt am Main vom 21.05.2015
22 U 15/15
ZIP 2015, 1755